
FDP Hanau

EIN DRITTEL DER GASTRONOMEN WIRD SO DIE CORONA-KRISE NICHT ÜBERLEBEN

13.05.2020

Der wirtschaftspolitische Sprecher der FDP Fraktion im Hessischen Landtag, Dr. Stefan Naas im Gespräch mit Gastronomievertretern der IGF Frankfurt und aus dem Rhein-Main Gebiet über mögliche Wege aus der Corona-Krise und Hilfsmaßnahmen zur Rettung der Gastronomie.

Ab dem 15. Mai dürfen die meisten Gastronomiebetriebe und Hotels in Hessen wieder unter strengen Auflagen öffnen. Man könnte meinen, dass sich die Unternehmer darüber freuen, doch im Gespräch mit Dr. Stefan Naas, wirtschaftspolitischer Sprecher der FDP Fraktion im Hessischen Landtag, zeigen sich James Ardinast und Madjid Djamegari von der Initiative Gastronomie Frankfurt e.V. wenig optimistisch. „Die Zeiten, in denen man ohne kaufmännische Kenntnisse einfach so einen Gastronomiebetrieb eröffnen konnte, sind schon lange vorbei. Kostentreiber wie Personal, steigende Mieten und Energiekosten lassen die Umsatzrenditen zerschmelzen, zudem binden die ständig zunehmenden und mitunter komplexen Auflagen unheimlich viel Zeit und Ressourcen. Ein Betrieb mit einer Auslastung von 100 Prozent bringt kaum noch Gewinnen! mehr benötignt maheunnt120er

auch das Kurzarbeitergeld, reicht für viele Mitarbeiter nicht zum Leben. „Die theoretischen 60% des Kurzarbeitergeldes sind in Wahrheit nur 40% des vorherigen Gehalts, da auch das Trinkgeld fehlt“, erklärt Djamegari weiter. „Hier stehen viele vor der Armut und müssen sich gegebenenfalls in Richtung anderer Branchen umorientieren, um weiterhin ihre Miete und ihren Lebensunterhalt bestreiten zu können.“ Der FDP Landtagsabgeordnete Dr. Stefan Naas sieht in den aktuellen Hilfsprogrammen der Bundes- und Landesregierungen große weiße Flecken. Kulturschaffende, Soloselbständige und Gastronomen fallen regelrecht durch das Raster der Unterstützungsmaßnahmen. „Nach dem Föderalismus-Wettbewerb, wer am meisten schließt, erleben wir jetzt einen Wettbewerb, wer am meisten wiederöffnet und welche Gruppen er in diesen harten Zeiten stützt“, erklärt Naas. „Die Idee der Reduzierung der Umsatzsteuer auf Speisen von 7 Prozent greift an der falschen Stelle und schließt Gastronomiebetriebe ohne den Fokus auf Speisen komplett aus. Auch die Kriterien der Soforthilfen und Programme zum Erhalt der Liquidität benachteiligen viele. Deswegen haben wir Freie Demokraten einen Gesetzesentwurf eingebracht, der Selbständige und Gewerbetreibende unterstützen soll, die durch staatliche Maßnahmen wie Corona-bedingte Schließungen, nicht nur Liquiditätsengpässe, sondern konkrete